

Wat mutt, dat mutt

Informationen zu Beihilfefragen

Aus gutem Grund beschäftigen wir uns in der GEW engagiert mit wichtigen aktuellen politischen Themen. Das gilt auch

gehören zu unserem Themenspektrum und sind Anlass zu kontroversen Debatten und (Veranstaltungs-) Initiativen. Lehrer_



Foto: BGR

Mitglieder der AG Beihilfe

für die Arbeit in der „Betriebsgruppe der Ruheständler_innen“ (BGR). Die drängenden Fragen zum Thema Flüchtlinge, die „Griechenland-Krise“ oder z.B. die Olympiabewerbung bzw. der bevorstehende Volksentscheid

innen im Ruhestand haben eher die Chance und Gelegenheit, sich diesen Themen intensiver zu widmen als während ihrer beruflich aktiven Zeit. So tragen jetzt schon viele GEW-Mitglieder ehrenamtlich dazu bei, dass die

zahlreichen Flüchtlingsinitiativen eine so segensreiche Arbeit leisten.

Gewerkschaften sind in besonderem Maße aber auch gefragt und dafür da, ihre „Kernaufgaben“ möglichst erfolgreich zu verfolgen. Die Beihilfe gehört dazu und spielt gerade im „fortgeschrittenen Alter“ eine oft zeitraubende, gelegentlich „nervende“ und finanziell belastende Rolle. Dass wir uns um dieses Thema (sowie um Vorsorge-, Renten- und Versorgungsfragen) konsequent kümmern, hilft den einzelnen Mitgliedern und ist ein „Service“, der zugleich als ein zusätzliches Argument dienen kann, auch nach dem Ausscheiden aus der Berufstätigkeit in der GEW zu verbleiben.

AG Beihilfe im DGB gegründet

Dass das Thema Beihilfe viele Kolleg_innen beschäftigt und belastet, war in der informativen Mitgliederversammlung (MV) vor einiger Zeit zu spüren. Wir hatten danach u.a. den Anstoß gegeben, auf DGB-Ebene eine „AG Beihilfe“ zu gründen, denn die Probleme beschäftigen ja die Mitglieder anderer DGB-Gewerkschaften gleichermaßen und auch hier gilt der Grundsatz, dass wir „gemeinsam stärker“ sind. Außerdem bringen die (meistens ja schlechter bezahlten/versorgten) Kolleg_innen in diese Kooperation Ideen und Perspektiven ein, von denen wir Lehrer_innen durchaus lernen können.

Die AG hat inzwischen mehrfach getagt und sich mit den verschiedenen Problem- und Themengebieten rund um die Beihilfe beschäftigt. Sie wird sicher noch einige Zeit arbeiten müssen, denn hier sind einige „dicke Bretter“ zu bohren, um die Abläufe in der Bearbeitung zu beschleunigen, die Informationspolitik des ZPD zu optimieren und die (politisch entschiedenen) Grundlagen des

Information

In Ausgabe 5-6/2014 hat Uwe Kunert, Mitglied der BG Ruheständler_innen, über Rückzahlungsforderungen der Beihilfe berichtet. Hintergrund war, dass der Beihilfesatz – der bei Pensionär_innen in der Regel bei 70% liegt – auf 50% sank, wenn aufgrund von Rechtsvorschriften oder eines Beschäftigungsverhältnisses ein Zuschuss zur privaten Krankenversicherung von mindestens 41 € gezahlt wurde (§ 80 Abs. 9 Satz 10 a.F. HmbBeamtG). Aufgrund dieser Regelung kam es vielfach zu Überzahlungen der Beihilfe, die dann zurückgefordert wurden.

Diese Regelung im Hamburger Beamtenengesetz ist mit Wirkung vom 01.01.2015 aufgehoben worden, so dass ein Zuschuss zur Krankenversicherung jetzt keine Auswirkungen mehr auf den Beihilfebemessungssatz hat. Sollten Kolleg_innen aufgrund der Regelung den Zuschuss begrenzt haben, kann diese Begrenzung jetzt aufgehoben werden. Die Änderung betrifft alle beihilfefähigen Aufwendungen, die seit dem 01.01.2015 entstanden sind.

Beihilferechts zu verbessern bzw. weitere Verschlechterungen abzuwehren.

Informations- und Arbeitsgespräche im ZPD

Mit dieser Zielsetzung fanden Mitte Juni erste Informations- und Arbeitsgespräche im ZPD statt – zunächst mit Vertretern des Personalrates, später mit Vertreter_innen des Personalamtes und des ZPD. Im kollegialen Gespräch mit den Personalräten bestätigten sich teilweise bekannte und vermutete Probleme: Eine relativ hohe Personalfuktuation, damit zusammenhängende Qualifizierungsprobleme, zu geringe Bezahlung der Mitarbeiter_innen, hoher Arbeitsdruck, verstärkt durch deutlich steigende Antragszahlen/Belegmengen, Softwarepannen und mehrfache Umorganisationen in den letzten Jahren, bei denen die Mitarbeiter_innen nicht ausreichend „mitgenommen“ wurden. Den-

noch sind die Kolleg_innen hoffnungsvoll, weil die Kooperation mit der kürzlich neu besetzten Leitung der Beihilfestelle dazu Anlass gebe.

In dem anschließenden informativen und kritisch-konstruktiven Arbeitsgespräch in „großer Besetzung“ wurde durch den neuen Leiter der Beihilfestelle, Herrn Lindhof, die Situation aus Sicht der Dienststelle dargestellt – mehrfach unterbrochen von kritischen Anmerkungen, Nachfragen und Darlegungen in der großen Runde. Die einzelnen Themenkomplexe hier ausführlicher darzustellen, würde den Rahmen sprengen. „Unter dem Strich“ kann aber für den Verlauf festgehalten werden: Wir haben in der Runde vereinbart, uns „regelmäßig“ wieder zu treffen und den eingeschlagenen konstruktiven Dialog zu vertiefen.

Konkret wurde ein weiterer Abbau der Bearbeitungszeiten avisiert, u.a. gestützt durch Per-

sonalaufstockungen, verbesserte IT- und Organisationsabläufe. Bis zum Jahresende soll die Bearbeitungszeit auf „...einen Korridor zwischen 8 und 10 Tagen“ reduziert werden und wird sich dann hoffentlich nicht gleich zum Jahresanfang wieder verdoppeln. Um die „kommunikativen und Informations-Defizite“ zu reduzieren, haben wir angeregt, z.B. den Versand der regelmäßigen Versorgungsmitteilungen zu nutzen, um aktuelle „Beihilfe-Infos“ an diesen großen Kreis gelangen zu lassen. Als erstes wichtiges Ergebnis wurde ferner vereinbart, gemeinsame „Informationsveranstaltungen Beihilfe“ durchzuführen. Sie werden getragen vom Personalamt/ZPD und DGB mit GdP, ver.di und GEW. Die erste wird am 13.Oktober stattfinden. Wir bitten euch, diesen Termin im Kalender zu notieren und zahlreich zu kommen.

HOLGER RADTKE, BGR

Einladung

Informationsveranstaltung Beihilfe Anträge – Bearbeitungszeiten – aktuelle Entwicklungen



am Dienstag, den 13. Oktober 2015
von 10.00 – 13.00 Uhr in der GEW,
Rothenbaumchaussee 15, Raum AB

Das Thema Beihilfe beschäftigt viele beihilfeberechtigte GEW-Mitglieder über Gebühr: Fragen zur Antragsstellung tauchen auf, Geduld hinsichtlich der Bearbeitung ist gefordert und manchmal gibt es auch Anlass zum Magengrummeln. Um diesem vorzubeugen und mehr Klarheit in das komplexe Thema zu bringen, lädt die GEW gemeinsam mit dem DGB, ver.di und der GdP zu dieser Informationsveranstaltung rund um die Beihilfe ein. Sie richtet sich an beihilfeberechtigte Hamburgische Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfängerinnen und –empfänger, die Mitglied einer DGB- Gewerkschaft sind.

Nach einem Grußwort von Frau Lentz, der Leiterin des Personalamtes, werden Vertreter aus dem ZPD uns über die aktuellen Entwicklungen in der Beihilfe informieren und für Nachfragen und Diskussion zur Verfügung stehen.

Ich freue mich, dass diese Veranstaltung erstmals in dieser Form stattfinden wird und hoffe auf rege Teilnahme.

Herzliche Grüße Birgit Rettmer